

Österreichisches

# Jahrbuch für Politik

**PRESSEUNTERLAGE**  
**PRÄSENTATION DES**  
**ÖSTERREICHISCHEN JAHRBUCHES FÜR POLITIK 2016**  
**am 22. März 2017**

Seit 40 Jahren versorgt das „Österreichische Jahrbuch für Politik“ Meinungsbildner, Beobachter der politischen Szene, Journalisten und alle an der Politik Interessierten mit Informationen über das politische Geschehen in Österreich und der Welt. Es enthält alle notwendigen Zahlen, Daten, Fakten, Wahlanalysen und viele spannende Hintergrundberichte des abgelaufenen politischen Jahres. Sachlich und überparteilich dargestellt von den namhaftesten Politikwissenschaftlern, Ökonomen, Politikern und Sozialforschern des Landes.

Anlässlich unseres Jubiläums stehen alle Artikel der vergangenen vier Jahrzehnte online zur Verfügung. Der Klassiker der österreichischen Politik und Zeitgeschichte kann kostenlos unter [www.jahrbuch-politik.at](http://www.jahrbuch-politik.at) eingesehen werden.

## **Inhalt des Jahrgangsbandes 2016:**

In ihrem Leitartikel analysieren die Herausgeber Entwicklung und Zustand der Regierungskoalition und lassen Zweifel erkennen, ob die Regierung bis Herbst 2018 Bestand haben wird.

Das politische Jahr 2016 war in Österreich von einem Thema besonders geprägt: Der Bundespräsidentenwahl mit all ihren „Begleiterscheinungen“. Wahlforscher analysieren die zum Teil überraschenden Ergebnisse und die Folgen für das Parteiensystem. Namhafte österreichische Juristinnen und Juristen beschäftigen sich mit der Begründung der Wahlanfechtung an sich und beziehen pro und contra Positionen zum Urteil des Verfassungsgerichtshofes.

Was der Brexit für Österreich bedeutet und die Entwicklung in Europa schlechthin werden im Einzelnen beleuchtet. Natürlich kommt nach wie vor der Bewältigung des Flüchtlingsproblems entscheidende Bedeutung für die Entwicklung in Österreich zu. Der Integrationsminister stellt in diesem Zusammenhang die Prioritäten österreichischer und europäischer Migrationspolitik dar.

Ausführlich werden auch die beiden inhaltlichen Schwerpunkte der Politischen Akademie „Digitale Lebenswelten“ und „Sozialstaat neu denken“ behandelt.

Selbstverständlich bleibt auch diesmal Raum für Geschichte: zwei kenntnisreiche Experten bewerten die 500 Jahre Geschichte der österreichisch-russischen Beziehungen.

Österreichisches

# Jahrbuch für Politik

**ÖSTERREICHISCHES JAHRBUCH FÜR POLITIK 2016**

**Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.)**

**Böhlau Verlag, Wien – Köln – Weimar 2017**

**Eine Publikation der Politischen Akademie**

**ISBN: 978-3-205-20435-0**

**PREIS: € 50,00**

**564 Seiten; 39 Beiträge, 42 Autoren**

**Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

Bettina Blumenthal | + 43 6648248062 | [b.blumenthal@politische-akademie.at](mailto:b.blumenthal@politische-akademie.at)

FRITZ PLASSER/FRANZ SOMMER

**Bundespräsidentenwahlen 2016:  
Politische Einstellungen und Motive der Wähler,  
regionale Trends und Wählerströme**

*Erster Wahlgang 24.4., Stichwahl 22.5.,  
Wiederholung der Stichwahl 4.12.*

*Nach einem langen und erbittert geführten Wahlkampf haben die österreichischen Wähler Alexander Van der Bellen bei der Wiederholung der Stichwahl am 4. Dezember 2016 mit 53,8 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen in das Amt des österreichischen Bundespräsidenten gewählt. Im ersten Wahlgang schaffte Alexander Van der Bellen mit 21,3 Prozent der gültigen Stimmen die Hürde für die Stichwahl mit einem Vorsprung von 2,4 Prozentpunkten vor Irmgard Griss (18,9 Prozent). Der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer lag mit 35,1 Prozent klar in Führung. Sein Vorsprung gegenüber Van der Bellen: 13,8 Prozent. Bei der Stichwahl am 22. Mai kam es zu einem dramatischen Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen. Nach Auszählung der Urnenwahlstimmen am Wahltag hatte Norbert Hofer noch einen Vorsprung von 3,8 Prozentpunkten, aber mit einem Stimmenanteil von fast 62 Prozent bei Briefwahlstimmen konnte Alexander Van der Bellen Norbert Hofer noch überholen (Van der Bellen 50,3 Prozent, Norbert Hofer 49,7 Prozent). Wegen nicht gesetzeskonformer Praktiken bei der Auszählung der Briefwahlstimmen in einzelnen Bezirkswahlbehörden und dem extrem knappen Ausgang der Wahl hat sich die FPÖ für die Anfechtung der Wahl entschieden. Anfang Juli gab der Verfassungsgerichtshof bekannt, dass die Stichwahl vom 22. Mai aufgehoben wird. Die Wiederholung der Stichwahl hätte am 2. Oktober stattfinden sollen. Aber wegen schadhafter Briefwahlkuverts musste der Wahltermin auf den 4. Dezember verschoben werden.*

KARL JURKA

*„C’est comme si on nous demandait: ‚Etes-vous bien sûrs d’être racistes?‘“*

**Der Weltuntergang muss warten**

**Das Ausland zur Bundespräsidentenwahl 2016**

*Der erste Wahlgang der Bundespräsidentenwahl 2016 führte zu europaweiter Aufregung; die Niederlage der Regierungsparteien zu heftiger Irritation; der zweite Wahlgang im Mai zu allgemeiner europäischer Erleichterung.*

*Die Aufhebung der Stichwahl durch das Höchstgericht zu großer Verwunderung. Die Verschiebung der wiederholten Stichwahl geriet zur Lachnummer, die TV-Debatten der beiden Kandidaten lösten Empörung aus.*

*Dass letztlich ein Kandidat gewann, der für Europa und die EU eintritt, wurde als gutes Signal für ganz Europa gesehen. Der Beitrag beleuchtet die Reaktionen des Auslands auf die österreichische Bundespräsidentenwahl von April bis Dezember 2016.*

MARIA WINDHAGER

### **Bundespräsidentenwahl 2016 – Die Wahlanfechtung**

*Am 22.05.2016 fand der zweite Wahlgang für die Wahl zum Österreichischen Bundespräsidenten statt. Dieser zweite Wahlgang wurde von FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache als Zustellungsbevollmächtigten für Ing. Nobert Hofer angefochten.*

*Im Wahlanfechtungsverfahren war Mag. Robert Luschnik als Zustellungsbevollmächtigter von Dr. Alexander Van der Bellen mitbeteiligte Partei, die auch eine Stellungnahme abgeben und an den Verhandlungen teilnehmen durfte. Hier werden die wichtigsten Argumente, die von den RechtsvertreterInnen gegen eine Wahlaufhebung vorgebracht wurden, kurz dargestellt. Die Wahlaufhebung war demnach keineswegs alternativlos.*

LUDWIG ADAMOVICH

### **Anfechtung der Bundespräsidentenwahl 2016**

*Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 1.7.2016 den zweiten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl am 22.5.2016 aufgehoben. Der Autor analysiert die Begründung dieser vielfach nicht verstandenen Entscheidung und macht deutlich, dass dem Verfassungsgerichtshof auf Basis seiner bisherigen langjährigen Judikatur kein anderer Weg offenstand. Der Autor setzt sich auch mit der zum Teil äußerst polemischen Kritik an der Entscheidung auseinander.*

HERIBERT FRANZ KÖCK

### **Bundespräsidentenwahl 2016 – ein kritischer Kommentar zum Urteil**

*Der VfGH hat die Aufhebung der Bundespräsidentenstichwahl vom 22. Mai 2016 mit Verfahrensfehlern und der Verletzung der Freiheit der Wahl begründet. Da aber trotz der Verfahrensfehler keine Manipulationen festgestellt werden konnten, hat er sich darauf zurückgezogen, es müsse genügen, dass die erwiesene Rechtswidrigkeit auf das Wahlergebnis von Einfluss sein konnte. Dafür hat er sich auf ein Erkenntnis aus 1927 berufen, in dem diese Formulierung zwar gebraucht wurde, das sich vom vorliegenden aber grundlegend dadurch unterschied, dass es damals nachgewiesene Manipulationen in einem solchen Ausmaß gab, dass die konkrete Möglichkeit einer Auswirkung auf das Wahlergebnis bestand. In vorliegenden Fall handelte es sich hingegen – wie auch statistisch nachgewiesen wurde – um eine bloß abstrakte Möglichkeit, weil kein vernünftiger Zweifel bestehen kann, dass die Verfahrensfehler von keinem Einfluss auf das Wahlergebnis waren. Die Wahlfreiheit hielt der VfGH dadurch verletzt, dass die Wahlbehörde vor dem allgemeinen Wahlschluss*

*Teilergebnisse an bestimmte Medien und wissenschaftliche Institute weitergegeben hatte, um ihnen rechtzeitig Hochrechnungen zu ermöglichen, und diese Informationen an die Öffentlichkeit durchgesickert waren. Obwohl es sich dabei um eine bisher nie gerügte Praxis handelte, sah der VfGH darin einen weiteren Aufhebungsgrund. Ein solches Verständnis von Freiheit der Wahl ist aber weder vom österreichischen noch vom europäischen oder internationalen Recht gedeckt.*

KLAUS POIER

### **Vorhersehbar und unausweichlich**

#### **Anmerkungen zur Aufhebung der Bundespräsidenten-Stichwahl 2016 durch den Verfassungsgerichtshof <Untertitel>**

*Man könnte interessante Studien anstellen, ob das – am Ende bekanntlich mäßige – Abschneiden der österreichischen Fußballnationalmannschaft bei der Europameisterschaft in Frankreich oder der Ausgang des Wahlanfechtungsverfahrens beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) die Österreicherinnen und Österreicher im Juni 2016 mehr in den Bann zog. Jedenfalls endete Letzteres mit dem Paukenschlag, dass der VfGH den zweiten Wahlgang („Stichwahl“) der Bundespräsidentenwahl vom 22. Mai 2016 aufhob und dieser in ganz Österreich zu wiederholen war. Viele fieberten vor den Bildschirmen mit, als VfGH-Präsident Gerhart Holzinger diese Entscheidung am 1. Juli 2016 öffentlich (live übertragen) verkündete.*

*Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Fachwelt stieß das Erkenntnis des VfGH auf erhebliche Kritik. Die Kritik machte sich überwiegend an der Tatsache fest, dass der VfGH die Stichwahl aufhob, obwohl das Verfahren vor dem VfGH – wie dies ausdrücklich auch im Erkenntnis festgehalten wurde – keine „Anhaltspunkte für tatsächliche Manipulationen“ der Wahl hervorgebracht hatte (VfGH vom 1. Juli 2016, W I 6-2016-125, insbesondere Rz 506). Ohne den Beweis oder zumindest Indizien einer tatsächlichen Manipulation – so die Kritiker – sollte eine Wahl aber nicht aufgehoben werden.*

*In diesem Beitrag wird argumentiert, dass die Entscheidung des VfGH keinesfalls überraschend, sondern vorhersehbar und nicht nur aus rechtsstaatlichen, sondern auch aus demokratiepolitischen Gründen unausweichlich war.*

ANDREAS KHOL

### **Die Europäische Union bleibt unsere Zukunft**

#### **Das Vereinte Europa, als Ideal und Ziel der Zukunft nach dem Zweiten Weltkrieg**

*In Europa grassieren Pessimismus und Zukunftsangst. Die positiven Entwicklungen Europas hin zur Europäischen Union seit 1945 scheinen gefährdet, die EU in einer Existenzkrise. Durch die Volksabstimmung in Großbritannien, die den Brexit brachte, durch den Terrorismus in Europa, die unbewältigte Flüchtlingsfrage, die dahin mottende Eurokrise*

*wurde dies manifest. Die europafreundliche demokratische Mitte in den Mitgliedsländern der EU gerät zunehmend unter den Druck europafeindlicher Parteien am rechten und linken Rand. So steht die Union auf dem Prüfstand. Dennoch bleibt die EU die Zukunft Europas, alles andere wäre ein katastrophaler Rückschlag für den Frieden, die Gerechtigkeit, die Demokratie und den Wohlstand in Europa und in der Welt. Eine Rückbesinnung auf die Werte, die Europa nach dem Krieg in den letzten 60 Jahren stark gemacht haben, auf das christlich-jüdische-hellenistische Erbe ist ebenso notwendig, wie eine Reihe von Systemkorrekturen in der EU: Das Ziel der „immer größeren Einigung Union“ muss durch das Ziel eines Europa der Vielfalt ersetzt werden, die Kommission wieder zur Hüterin der Verträge werden, und ihre Rolle als politisch über das Recht verfügende Regierung einschränken, das Parlament seine zentralistischen Tendenzen und die dem Subsidiaritätsgebot widersprechenden Regelungsflut eindämmen, der Rat mutiger, schneller und transparenter entscheiden. Die EU-Mitglieder müssen alle gleich behandelt werden und nicht wie derzeit in drei Klassen abgefertigt werden. Auch Österreich kann durch eine initiative, mutige und selbstbestimmte und eigenständige Außen- und Europapolitik seinen Beitrag leisten.*

LOTHAR HÖBELT

### **Die FPÖ und die EU: Schlingerkurs oder optische Täuschung**

*Der „Brexit“ hat Debatten über einen möglichen „Öxit“ ausgelöst, die über die verfassungsrechtlichen Unterschiede beider Länder souverän hinweggehen. Denn dafür bräuchte es bei uns eine zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat. Eine Volksabstimmung wäre allerdings notwendig, wenn die EU sich soweit ändert, dass auch unsere Verfassung davon betroffen wäre, da hat die FPÖ recht. Die Frage ist nur: Würde die EU so etwas laut sagen – oder es still und heimlich einfach tun?*

ALBERT ROHAN

### **Österreich und die Türkei: ein gestörtes Verhältnis**

*Der lange Prozess der Annäherung der Türkei an Europa führte 2005 zu Beitrittsverhandlungen mit der EU. Auf Grund negativer Entwicklungen in der Türkei, vor allem der massive Missachtung von Grund- und Freiheitsrechten; ist inzwischen eine Entfremdung eingetreten. Gleichzeitig braucht Europa die Türkei, um den Flüchtlingsstrom aus dem Mittleren Osten einzudämmen. Österreich vertrat eine harte Haltung gegenüber der Türkei und forderte das Einfrieren des Beitrittsprozesses. Von den anderen EU-Staaten wurde diese Position nicht unterstützt. Die bilateralen Beziehungen zur Türkei sind durch das österreichische Vorgehen schwer beschädigt, ohne dass Österreich daraus einen Nutzen gezogen hätte.*

MARTIN EICHTINGER

### **BREXIT und die Folgen – eine politische Analyse<sup>1</sup>**

*Die Entscheidung der britischen Bevölkerung, im EU-Referendum vom 23. Juni 2016 mit einer Mehrheit von 51,9% für den Austritt aus der Europäischen Union zu stimmen, kam für die internationale Gemeinschaft ebenso überraschend wie für das britische politische Establishment, die Meinungsforscher und die Wirtschaft. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften hat das aus verschiedenen Gründen komplexe Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU Höhen und Tiefen durchlebt. Am Ende dieses Prozesses gewann schließlich das Motto der Brexit-Befürworter „Let’s Take Back Control“ die Oberhand.*

*Während sich die britische Wirtschaft seit dem Referendum überraschend gut entwickelt, sind die Interessensgegensätze zwischen den Befürwortern eines Verbleibs im Binnenmarkt bzw. der Zollunion und den Vertretern einer gänzlichen Entkoppelung von der EU unübersehbar. Premierministerin May wird die von ihr gewünschte, spezifische Lösung für die künftigen Beziehungen zur EU definieren und die Zustimmung der Bevölkerung zum Verhandlungsergebnis gewinnen müssen.*

*Es ist zu hoffen, dass am Ende des Prozesses eine Lösung steht, die der Tatsache Rechnung trägt, dass Großbritannien Teil Europas ist und es in vielen Bereichen die Notwendigkeit einer engen Kooperation mit der EU gibt. Die EU-Mitgliedstaaten haben für den Verhandlungsprozess wenige, aber klare Prinzipien festgelegt. Unabhängig davon muss die EU ihre Problemlösungskapazität für die vielfach bestehenden Herausforderungen, wie jene der Flüchtlingskrise, unter Beweis stellen, um der EU-Skepsis ihrer Bürgerinnen und Bürger entgegenzuwirken. 2017 wird ein Schicksalsjahr für Europa und die Europäische Union!*

EWALD WALTERSKIRCHEN

### **Die wirtschaftlichen Probleme der Europäischen Union**

*Die EU hat drei große ungelöste Probleme: die hohe Arbeitslosigkeit, die Eurokrise und die Migration. Ein umfangreiches Investitionsprogramm (Bildung, Forschung, Umwelt) ist das beste Instrument gegen die Arbeitslosigkeit. Die Mittel dafür kommen idealerweise aus der Beseitigung der skandalösen Steueroasen in der EU. Die Eurokrise ist bei der EZB in guten Händen. Echte Gefahr würde der Währungsunion drohen, wenn die Italiener für einen Euro-Austritt stimmten. Das Brexit-Votum war ein Fehler. Der Hauptgrund dafür war der Zustrom von Arbeitskräften aus anderen EU-Staaten. Der freie Binnenmarkt ist das Glaubensbekenntnis der EU. Die EU riskiert lieber einen Zerfall als über befristete Ausnahmeregelungen zu verhandeln. Wenn sich aber die Zuwanderung von Arbeitskräften aus der EU ebenso wie von Asylbewerbern stark auf einzelne Länder konzentriert, dann sind Obergrenzen notwendig. Sonst wird die Integrationsfähigkeit und –bereitschaft überfordert.*

GERNOT HAAS

### **Eine wirtschaftspolitische Agenda für Europa**

**Handlungsoptionen für Europa, um sich fit für die Zukunft zu machen - und warum es nicht nur eine europäische Zukunft gibt.**

*Aktuelle Krisen innerhalb der EU und an ihren Außengrenzen haben die Schwächen der europäischen Struktur und ihres Entscheidungsprozesses deutlich offenbart. Die Europäische Union bedarf einer gravierenden Neuausrichtung, die globale Entwicklungen integriert und die Rolle Europas in der Welt stärkt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie nachhaltigem Wachstum und Europas Wettbewerbsfähigkeit müssen gemeinsam mit der Außen- und Sicherheitspolitik im Fokus der europapolitischen Debatte stehen. Nur durch konsequente Umsetzung bestehenden Regelwerkes und einer klaren Schwerpunktsetzung wird die EU ihre Lösungskompetenz in Zukunft unter Beweis stellen können - an der sie schlussendlich gemessen werden wird.*

LUKAS MANDL/THOMAS GOISER

### **Kosovo: Europäische Integration im Fokus**

**Die (neue) Österreichisch-Kosovarische Freundschaftsgesellschaft als Promotorin einer guten Zukunft im gemeinsamen Europa <Untertitel>**

*„Obwohl die Freundschaftsgesellschaft neu gegründet wurde, ist die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern sehr alt. Österreich war einer der ersten Staaten, die unser Land anerkannt hat, und ist heute der größte Unterstützer des Kosovo auf internationaler Ebene. Österreich ist im Kosovo einer der wichtigsten Investoren, vor allem in der Landwirtschaft, der Energieversorgung und dem Bildungswesen – eine gute Basis für die Gründung dieser Freundschaftsgesellschaft und die weitere Verbesserung unserer zwischenstaatlichen Beziehungen.“*

**Hashim Thaçi**, Präsident der Republik Kosovo, beim Gespräch anlässlich der Delegationsreise im Herbst 2016

*Im Beitrag „Kosovo: Europäische Integration im Fokus“ beschreiben die Autoren Thomas GOISER und Lukas MANDL die Arbeit der 2016 gegründeten Österreichisch-Kosovarischen Freundschaftsgesellschaft als Promotorin einer guten Zukunft im gemeinsamen Europa. Ausgehend von Überlegungen zum Zweck einer Freundschaftsgesellschaft und der aktuellen Situation in der Republik Kosovo schildern Sie Erfahrungen von der ersten Delegationsreise und beschreiben Perspektiven für erste gemeinsame Projekte im jüngsten Staat Europas. Zwischen der nach dem zweiten Weltkrieg wiedererstandenden Republik Österreich und der Republik Kosovo gibt es interessante Parallelen.*



REINHOLD LOPATKA

### **Unsere Leitkultur – Begriff, Ausformung und Bedeutung**

*Österreich hat eine Leitkultur, die – wie der Verfassungsgerichtshof judiziert – auf unserer „abendländischen Geistesgeschichte“, also unseren überlieferten Werthaltungen, geistigen Kräften und Strömungen aufbaut. Die Leitkultur findet in unserer Rechtsordnung genauso Niederschlag wie im tagtäglichen Zusammenleben abseits rechtlicher Normen. Die Leitkultur basiert auf der Wertekultur einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung, einer auf Gleichbehandlung und Wertschätzung beruhenden Alltagskultur als Ausdruck gelingenden Miteinanders und einer Freiwilligenkultur, die in Österreich besonders stark ausgeprägt ist. Jene, die nach Österreich kommen und hier bleiben, sind ohne Wenn und Aber dem Rechtsstaat verpflichtet. Darüber hinaus müssen sie auch mit unseren alltäglichen Umgangsformen und unseren christlichen Bräuchen und Symbolen zu leben lernen.*

GEORG NIEDERMÜHLBICHLER

### **Politik neu denken: Die Reform der SPÖ in bewegten Zeiten**

*In seinem Beitrag beschäftigt sich SPÖ-Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler mit dem aktuellen laufenden Organisationsentwicklungsprozess der SPÖ. Dabei legt er einen Fokus auf die Arbeit am neuen SPÖ-Grundsatzprogramm. Einleitend werden allgemeine Grundprämissen der Parteireform dargelegt – ausgehend von grundsätzlichen Bemerkungen zum neuen Grundsatzprogramm und einer kurzen historischen Bestandsaufnahme. Schließlich widmet sich Niedermühlbichler zentralen inhaltlichen Fragen des SPÖ-Programmprozesses. Abschließend werden Überlegungen zu Erwartungen und Anforderungen an eine moderne politische Bewegung angestellt, die für die Organisationsreform der SPÖ besonders relevant.*

OLIVER PINK

### **Die Ära Faymann**

#### **Wer war Werner Faymann? Und was bleibt von seiner Kanzlerschaft?**

*Anfangs ein Hoffnungsträger der Sozialdemokratie galt Werner Faymann bald als „Verwalter des Stillstands“. Die Ära Faymann war geprägt von einer Politik der kleinen Schritte, es fehlte eine große Erzählung, gehandelt wurde dann, wenn es notwendig erschien. Und dennoch: So wenig wurde in der Amtszeit Werner Faymanns auch wieder nicht umgesetzt. Allen voran die Ortstafellösung, die Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Versuch, das Gesundheitssystem auf neue Beine zu stellen. Werner Faymann als Kanzler blieb dabei stets schwer fassbar: ein Mann ohne große Ecken, Kanten und Visionen. Als Staatsmann erwies er sich dann (erst) am Ende: Als er eine Änderung in der Flüchtlingspolitik*

*mitdurchsetzte, was ihm innerparteilich zum Verhängnis werden sollte. Da stellte er das Notwendige vor das Opportune. In den Jahren davor war das vielfach umgekehrt gewesen.*

CHRISTOPH NEUMAYER

### **Die Krise der Sozialpartner**

*Vizekanzler Reinhold Mitterlehner hat im Frühjahr 2016 mit der Forderung nach einer Umorientierung der Sozialpartnerschaft in Österreich eine öffentliche Diskussion über die Rolle der Sozialpartnerschaft, eine Säule der österreichischen Realpolitik der Zweiten Republik, initiiert. Die zum Teil heftig und vor allem emotional geführten Debatten haben gezeigt, wie schwierig es nach wie vor in unserem Land fällt, gewohnte Strukturen kritisch und vor allem faktenbasiert zu hinterfragen. Der folgende Beitrag beschreibt die schleichend negative Veränderung der Standortqualität und der zentralen Wirtschaftsdaten in der vergangenen Dekade in Österreich aber auch die disruptiven Tendenzen in Gesellschaft und Wirtschaft – Stichworte sind Digitalisierung und Internationalisierung. Wer neue Wege gehen will, muss alte Pfade verlassen. Dabei muss auch die Funktion der Sozialpartnerschaft, die sich großteils auf Pflichtbeiträgen von Arbeitnehmern und Unternehmen abstützt<sup>1</sup>, im politischen System kritisch hinterfragt werden. Die Zeiten von hohem Wirtschaftswachstum und altbewährten politischen Tauschgeschäften sind vorbei bzw. haben sich überlebt. Österreich wird seinen Wohlstand nur mit zeitgemäßen und wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen erhalten und ausbauen können: moderne Arbeitszeitregelungen, wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und weniger bürokratischer Druck, damit Menschen und Unternehmen in diesem Land erfolgreich arbeiten können und positive Zukunftsperspektiven vorfinden.*

SEBASTIAN KURZ

### **Europa - Von der Lösung zum Problem**

*Von Herbst 2015 bis Frühjahr 2016 war Österreich eines der Länder Europas, das von der Flüchtlings- und Migrationskrise am meisten betroffen war. In den letzten Monaten ist ein Rückgang bei den Asylneuanträgen zu verzeichnen, auch wenn die Antragszahlen in Österreich weiterhin deutlich über jenen vor dem Jahr 2015 liegen. Ein entscheidender Grund für diese Trendwende war die Schließung der Westbalkanroute auf österreichische Initiative. Dem steht jedoch ein weiteres Ansteigen der illegalen Anlandungen vor allem in Italien gegenüber. Die Migrations- und Flüchtlingskrise ist daher noch lange nicht gelöst. Nur mit einem gemeinsamen Vorgehen auf EU-Ebene können wir dauerhafte Erfolge bei der Kontrolle und Eindämmung der Migrationsströme nach Europa erzielen. Vieles ist in den vergangenen Monaten auf EU-Ebene geschehen. Aber noch deutlich mehr ist notwendig. Dabei sollten folgende Kernaspekte im Zentrum stehen: Der Außengrenzschutz muss*

---

<sup>1</sup> Alle Kammerbeiträge in Österreich betragen im Jahr 2015 insgesamt mehr als 1,5 Mrd. Euro. (Statistik Austria).

*massiv verstärkt werden – die Stärkung von FRONTEX (Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache) sowie ETIAS (Europäische Reiseinformations- und Autorisierungssystem) und EES (Entry-Exit System) sind hier erste Schritte in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen. Wir müssen dabei eine Lösung aus eigener Kraft schaffen und uns nicht in die Abhängigkeit von Drittstaaten begeben. Des Weiteren braucht es eine vollkommene Umstellung des europäischen Asylsystems. Denn die Rettung aus Seenot im Mittelmeer darf nicht mehr mit einem Ticket nach Mitteleuropa verbunden sein. Wer sich illegal auf den Weg nach Europa macht, muss an der Außengrenze gestoppt, dort versorgt und dann in sein Herkunftsland oder ein gemeinsam mit UNHCR betriebenes Asylzentrum in sicheren Drittländern gebracht werden. Gezielte Hilfe vor Ort ist zudem unerlässlich, um bei den Migrationsursachen anzusetzen. Die EU als weltweit größter Geber in der Entwicklungszusammenarbeit muss das Less-for-Less-Prinzip verstärkt anwenden und Partnerländern, die in der Frage der Rückführung nicht kooperieren, Abstriche bei den Mitteln aus der EU in Aussicht stellen. Gerade bei der Migrationskrise braucht es ein Mehr an Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Österreich, inmitten des Europäischen Kontinentes, würde auch in diesem Bereich von einer starken und geeinten auftretenden EU, die vom Problem zu Lösung gelangt, besonders profitieren.*

HEINZ FASSMANN

### **Flüchtlingsmigration: Was kommt noch auf Österreich zu?**

*Die Herkunftsgebiete der Flüchtlingswanderung der vergangenen Jahre sind weit von einer dauerhaften politischen und ökonomisch stabilen Situation entfernt. Die Staatlichkeit ist fragil und die Regionalmächte in der Nachbarschaft befeuern die Konflikte immer wieder. Flüchtlinge werden weiterhin die Kriegs- und Krisengebieten sowie die Erstzufluchtsländer verlassen und treffen auf ein Europa, dem es auch 2016 nicht gelungen ist, das gemeinsame Europäische Asylsystem wieder krisenfest zu etablieren. Skepsis ist angebracht, denn die nationalen Sonderwege tragen bestenfalls zur kurzfristigen Symptombehandlung bei, aber nicht zur langfristigen Lösung.*

CHRISTOPH GRABENWARTER/KATHARINA PABEL

### **Die Flüchtlingskrise und die Menschenrechte\***

*Es ist heute europäischer Standard, dass sich der Menschenrechtsschutz auf Ausländer, die sich auf dem Staatsgebiet aufhalten, insbesondere auf Asylsuchende, erstreckt. Auch die menschenrechtliche Verantwortlichkeit für extraterritoriale Akte ist selbstverständlich. Asylsuchenden und Flüchtlingen werden dementsprechend Grundrechte zuerkannt, allerdings gewährleisten weder die Europäische Menschenrechtskonvention noch die Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Asyl, auf Einreise oder auf Aufenthalt. Die*

---

\* Teile dieses Beitrags sind bereits in zwei Beiträgen aus dem Band Deppenheuer O./Grabenwarter, C. (Hrsg.), *Der Staat in der Flüchtlingskrise (2016)*, S. 88 ff., S. 197 ff. erschienen.

*menschenrechtlichen Anforderungen in der Auslegung durch die europäischen Gerichte haben letztlich auch zum Scheitern des Dublin-Regimes der EU über die Zuständigkeit in Asylverfahren geführt. Vor diesem Hintergrund gilt es, neue Perspektiven für die rechtsstaatliche Bewältigung der Migrationskrise zu entwickeln.*

ARNOLD H. KAMMEL

### **Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

*Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) war auch im Jahr 2016 mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, die zum wiederholten Mal zu einer Diskussion über die Notwendigkeit der Weiterentwicklung dieses Politikfeldes führten. Dabei wurde stets betont und außer Streit gestellt, dass die Europäische Union auch und gerade im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich zu einem glaubhaften internationalen Akteur werden müsse. Der vorliegende Beitrag analysiert den Zustand der GSVP und geht danach auf drei Entwicklungen ein, die weitreichende Konsequenzen für die weitere Ausgestaltung der GSVP mit sich bringen könnten. Dies sind das britische Referendum über den EU-Austritt, die noch immer anhaltende Migrations- und Flüchtlingskrise und die Wahl Donald Trumps zum nächsten amerikanischen Präsidenten. Abschließend wird die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Handelns im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstrichen.*

NICOLAS STOCKHAMMER

### **Europa im Zangengriff des transnationalen Terrorismus**

#### **Ursachen, Wandel und Bekämpfung des Terrors der dritten Generation <Untertitel>**

*Der transnationale Terrorismus ist spätestens seit den Terroranschlägen von 2015 längst in den weichen Zentren Europas und damit in unserer unmittelbaren Nachbarschaft angekommen. Auch für Österreich bedeutet dies ein steigendes terroristisches Bedrohungsrisiko. Um diesem adäquat begegnen zu können, ist es unerlässlich, den hybriden Terrorismus der DRITTEN Generation sowie dessen Logik und Funktionsweise zu verstehen.*

SIEGFRIED BEER

**Der zeit-adäquate Terrorismus. Hinweise zur historischen Einschätzung des Jihadismus im 21. Jahrhundert**

*Der Beitrag bezweckt, die Einsichten und Thesen des in Europa wenig bekannten amerikanischen Historikers, Rechtsgelehrten und Regierungsberaters Philip Bobbitt in den Diskurs über die jihadistische Bedrohung im 21. Jahrhundert einzubringen. Der neue Terrorismus des Marktstaates könne nur in Relation zur Entwicklung des Staates und der Staatengemeinschaft seit dem italienischen Quattrocento verstanden und von den westlichen Konsensstaaten zielgerecht bekämpft werden. Bobbitt liefert dazu auch konkrete Strategien, Ratschläge und Meinungen.*

PETER GRIDLING

**Extreme in Österreich: Identitäre und extreme Linke**

*Aktuell etablieren sich international Strömungen des modernisierten Rechtsextremismus die in weiten Strecken versuchen die demokratischen Grundprinzipien und den sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu zerstören. Derartige Entwicklungen sind auch in Österreich evident und stellen für die Gesellschaft und den Verfassungsstaat eine zunehmende Herausforderung dar. Die Ausbreitung und Verdichtung rechtsextremer Netzwerke und Bewegungen führt darüber hinaus zu einem „Klimawandel“ im öffentlichen Meinungsdiskurs. Dies manifestiert sich einerseits durch das öffentliche Auftreten rechtsextremer Gruppierungen als vermeintlich harmlose Aktivisten oder Bewegungen und andererseits durch Widerstand in Form von Gegenprotesten von oft gewaltbereiten Linksextremisten.*

MARTIN G. KOCHER

**Vision für die österreichische Wirtschaft**

*Der Beitrag entwickelt, ausgehend von der Darstellung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs und deren Wurzeln in der Entwicklung der letzten 20-30 Jahre, den Versuch eines sinnvollen Narrativs für die österreichische Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre. Der Autor argumentiert, dass ein Focus auf die Anhebung des Produktivitätswachstums viele Einzelinitiativen der österreichischen Wirtschaftspolitik sinnvoll bündeln könnte, die in den kommenden Jahren notwendig wären, und daraus ein Programm entwickelt werden könnte, das auch von mehreren Parteien und der österreichischen Bevölkerung akzeptiert wird. Die Grundlinien eines solchen Programms – wenn man will, einer solchen Vision – werden im Beitrag beschrieben.*

WOLFGANG BRANDSTETTER

### ***Erwachsenenschutz: höchste Zeit für einen Paradigmenwechsel***

*Während im Jahr 2003 noch etwa 30.000 Menschen in Österreich besachwaltet waren, hat sich diese Zahl bis zum Jahr 2015 in etwa verdoppelt. Dabei zeigt sich, dass oft schon sehr früh der Ruf nach einem Sachwalter kommt, ohne dass man sich je mit der betroffenen Person selbst auseinandergesetzt hätte. Nach breiter Einbindung von Interessenvertretungen und Experten und unter Einbeziehung von selbst betroffenen Personen wurde das 30 Jahre alte Sachwalterrecht mit dem neuen Erwachsenenschutzgesetz umfassend überarbeitet und modernisiert. Um den gesellschaftlichen Entwicklungen – wie der steigenden Lebenserwartung oder der zunehmenden Komplexität des Geschäftsverkehrs – gerecht zu werden, wurde der Erwachsenenschutz komplett neu gedacht und stellt Autonomie, Selbstbestimmung und Entscheidungshilfe für die Betroffenen in den Mittelpunkt. Der Aufbau der Vertretungsmöglichkeiten, der auf vier Säulen mit unterschiedlich weitgehenden Befugnissen basiert, fördert ein stärkeres Hinschauen, Reflektieren und Differenzieren aller Beteiligten. Damit soll für jede Situation die bestmögliche Lösung gefunden werden, damit der betroffenen Person so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Handeln ermöglicht wird. Der Beitrag stellt die Kritikpunkte am geltenden System dar und gibt einen Überblick über die Lösungen, die mit der Reform gefunden wurden.*

HERWIG HÖSELE

### ***2016 – ein persönliches Erfolgswort für Alexander Wrabetz –mit unsicherer Zukunft für den ORF***

*Mit der Wiederbestellung für eine dritte Amtsperiode in ununterbrochener Reihenfolge – das hat nicht einmal der Schöpfer des unabhängigen ORF, der legendäre Gerd Bacher geschafft – kann Alexander Wrabetz 2016 persönlich als absolutes Erfolgswort verbuchen. Teil seines Erfolgswortes sind auch die breite Zustimmung zu seinem Direktorenteam und die noch breitere Zustimmung zu einer Gebührenanpassung in der Höhe von 6,5 Prozent. Allgemein wurde die Meinung vertreten, dass dies die letztmalige Gebührenfestlegung in dieser Form ist. Trotz langsam, aber kontinuierlich sinkender Quoten ist der am 1. Jänner 1967 nach dem Rundfunkvolksbegehren neugeschaffene ORF nach wie vor das mit Abstand größte Medienunternehmen und Leitmedium Österreichs. Gerade angesichts der demokratiepolitisch bedenklichen Blasenbildungen in den sozialen Medien erscheinen ein starker öffentlich-rechtlicher Medienveranstalter und eine Vielfalt an Qualitätsmedien systemrelevant für die Demokratie. Es stellen sich aber viele Zukunftsfragen. Was ist unter öffentlich-rechtlichem Auftrag zu verstehen und wie ist dieser bestmöglich zu verwirklichen? Wie sollen ORF und Qualitätsmedien künftig finanziert werden? Wie kann insbesondere die Jugend für die „klassischen Medien“ gewonnen werden? Welche gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, dass ORF und österreichische Privatmedien auch künftig bestehen? Gibt es ein Rezept gegen die Dominanz von Facebook, Google & Co? Diese und andere Fragen werden die*

*österreichische Medienpolitik der nächsten Zeit beschäftigen müssen – ansonsten ist die Zukunft des ORF unsicher. In dem vorliegenden Text sollen Ausgangslage und mögliche Zukunftswegen skizziert werden.*

THOMAS DROZDA

### **Algorithmen machen keine Demokratie**

*Die größten Bedrohungen einer eigenständigen und in ihren Haltungen und Einstellungen vielfältigen Medienlandschaft gehen nicht von einzelnen inländischen Mitbewerbern aus, sondern von jenen weltweiten Plattformen, die weder inhaltlich noch kaufmännisch eine Unterscheidung zwischen eigenem und nicht eigenem Content vornehmen, die also mit nicht eigener Leistung Traffic generieren, damit Umsätze machen und damit Gewinne erzielen.*

*Auf diesen Plattformen findet Meinungspluralismus, wie er in Redaktionen vorherrscht, keinen entsprechenden Niederschlag. Vielmehr regiert dort – nach dem Prinzip „more of the same“ – ein algorithmischer Auswahlmodus, der letztlich auch bei den Nutzern zu einer gefährlichen Informationsarmut führt.*

*Hingegen leisten redaktionelle Medien, die durch abwägende und diskursive Berichterstattung die demokratische Willensbildung fördern, einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Kultur. Folgerichtig sollten Demokratien in die Ausstattung von redaktionell gestalteten Medien künftig jedenfalls deutlich stärker investieren.*

WERNER AMON

### **ORF neu denken**

**Wie die richtige öffentlich-rechtliche Idee im Zeitalter der Digitalisierung auch richtig umgesetzt werden muss.**

*Der digitalen Wandel stellt das gesamte Mediensystem auf den Prüfstand und bringt zunehmend disruptive Geschäftsmodelle und gesellschaftspolitische Phänomene zum Vorschein. Besonders der ORF als Träger der öffentlich-rechtlichen Idee in Österreich steht dabei vor strategischen und strukturellen Herausforderungen, die noch nicht annähernd angemessen bewältigt sind. Der dynamische Wettbewerb am Medienmarkt und die fortschreitende gesellschaftliche Diversifizierung fordert mehr denn je eine Unverwechselbarkeit in der Programmierung und die innovative Weiterentwicklung öffentlich-rechtlicher Stärken wie Vielfalt, Objektivität und Qualität.*

MICHAEL HIRSCHBRICH

### ***Digitalisierung – Chancen und Risiken.***

*Das, was medial als „Digitalisierung“ im vergangenen Jahr immer stärker thematisiert wurde, ist eigentlich der Beginn der „Vierten Industriellen Revolution“. Grundlegende transformatorische Prozesse stellen uns vor enorme Herausforderungen. Um diese als Gesellschaft und Wirtschaft positiv nutzen zu können, muss ihre Einschätzung präziser werden und es darf politisch die kommenden Jahre kein Stein auf dem anderen bleiben, denn es gilt, „das gesamte System“ pro-aktiv auf diese Anforderungen anzupassen. Glauben bisher immer noch viele, es wären nur Betriebe und die dort steigende Automatisierung betroffen, zeigt sich, dass das Zusammenwirken erhöhter Rechenleistung, Big Data und Künstlicher Intelligenz zu völlig neuen Formen des Wirtschaftens, der Demokratie und der Art wie wir uns als Gesellschaft organisieren, führen werden. Diese Entwicklung bietet aber auch die Chance, aus den ideologischen Blöcken des 20. Jahrhunderts endgültig auszubrechen und unseren Staat und die Art wie wir unser Leben organisieren, neu auszurichten, um Wohlstand und demokratische Werte dauerhaft zu sichern und uns weiter zu entwickeln.*

DOROTHEE BÄR

### ***Digitalisierung und politische Verantwortung – Veränderung durch Digitalisierung und Automatisierung***

*In allen Ressorts der Bundesregierung prägt die Digitalisierung die politische Arbeit und stellt sie vor die Herausforderung, das Handeln von Politik und Verwaltung unter neuen Aspekten zu betrachten. Eine immer weiter zunehmende Vernetzung und Big Data verändern bestehende und schaffen vollkommen neue Handlungsfelder. Neben steigenden Anforderungen an die digitale Infrastruktur steht der Bereich der Mobilität in besonderem Maße vor Umwälzungen. Der digitale Wandel begründet eine neue Phase des Wettbewerbs. Dabei ist nichts gesetzt. Die Industrienationen von heute sind nicht zwingend die Digitalnationen von morgen. Der digitale Wandel muss aktiv befördert und gelebt werden – von der gesamten Gesellschaft.*

WOLFGANG ZANKL

### ***Digitalisierung und Wandel des Rechts: Soft Law statt Hard Law***

*In den letzten zwei Jahren sind mehr Daten generiert worden als in der gesamten bisherigen Geschichte der Menschheit. Das herkömmliche Recht (Hard Law) ist zu langsam, zu alt, zu wenig international und zu konfrontativ, um mit diesen und disruptiven Entwicklungen der Digitalisierung Schritt halten zu können. Es sollte daher durch Soft Law flankiert werden, das*



*auf freiwilligen und zeitgemäß adaptierbaren Verhaltensregeln beruht und oft effizienter funktioniert als Hard Law.*

WOLFGANG MAZAL

### **Deckelung für bedarfsorientierte Mindestsicherung?**

*Der Beitrag befasst sich mit rechtlichen Zulässigkeitschranken einer Deckelung von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Im Ergebnis erscheint eine Deckelung des Bedarfs unabhängig von der Größe der Bedarfsgemeinschaft unzulässig, eine Deckelung der Geldleistung jedoch zulässig und ausreichend, um Arbeitsanreiz zu gewährleisten.*

MARKUS GSTÖTTNER

### **Das österreichische Sozialsystem im internationalen Vergleich: Anregungen zum Fortschritt**

*Unser Sozialstaat ist auf darauf ausgerichtet eine sozial gerechte Gesellschaft zu gestalten, in der die Menschen in Würde und Chancengleichheit leben können. Um diesem Ziel auch in Zukunft näher zu kommen, bedarf unser Sozialstaat von Heute konkreter Reformen um effektiv und finanzierbar zu bleiben. In der Gestaltung dieser Reformen sind wir wohl gut beraten die Beispiele anderer Länder zu studieren, die in Reaktion auf ähnliche globale und nationale Herausforderungen ihre Sozialsysteme grundlegend reformiert haben. Das Beispiel Dänemarks zeigt uns einen erfolgreichen Reformweg der aktiven Arbeitsmarktpolitik und institutionelle Anreize zum vorausschauenden politischen Handeln effektiv vereinbart. Dies kann helfen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgaben zu reduzieren, ohne dabei die erreichte soziale Absicherung einzubüßen. Die Lektionen aus Dänemark können gepaart mit anderen Vorbildern – wie z.B. dem „Universal Credit“ Modell in Großbritannien – einen hilfreichen Leitfadens für erfolgreiche Reformen in Österreich bieten.*

JOHANNES KOPF

### **Die Arbeit der Zukunft**

*Neue Technologien (vor allem im Bereich Information & Kommunikation), die Auswirkungen fortschreitender Globalisierung und in letzter Zeit auch Bemühungen, den Klimawandel zu begrenzen, haben Wirtschaft und Arbeitsmarkt stark verändert. Dieser Wandel wird sich fortsetzen und sogar beschleunigen. Er bietet Chancen und Risiken. Eine der wichtigsten Auswirkungen der neuen Rahmenbedingungen und Trends in der Arbeitswelt ist, dass Aus-*

*und Weiterbildung eine immer größere Bedeutung für den Einzelnen ebenso wie für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gewinnt.*

WINFRIED PINGGERA

### **Das Pensionssystem der Zukunft**

*Steigende Zahlen an Arbeitslosen, ein Strom an schlecht ausgebildeten Flüchtlingen, ungünstige demographische Voraussetzungen, die Digitalisierung des Arbeitsmarktes, Arbeitnehmermobilität,- dies sind alles Herausforderungen, die auf die eine oder andere Weise die Zukunft des Pensionssystem belasten können. Dennoch blicke ich dieser mit Zuversicht entgegen. Die wichtigsten Schritte – eine Anpassung der Pensionsleistung an das Lebenseinkommen/Lebensbeitragsleistung, sowie die Einschränkung der vorzeitigen Alterspensionen – sind bereits eingeleitet worden. Mit Disziplin, verstärkter Besinnung auf die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge sowie mit Mut zur Kostentransparenz wird unser Pensionssystem auch in Zukunft eine wichtige und finanzierbare Säule der Altersvorsorge bleiben.*

STEFAN KARNER

### **Vor 500 Jahren: Zu den Anfängen österreichisch-russischer Beziehungen Herbersteins Gesandtschaft und sein Bild von Russland**

*Österreich und Russland waren in ihren jeweiligen Staatswesen durch Jahrhunderte große Länder in Ost- und Mitteleuropa. Bereits ein erster Blick auf die Entwicklung beider Staaten zeigt die große Zahl an Berührungspunkten, an politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schnittmengen, an Kontinuitäten, aber auch an Gegensätzlichkeiten. Durch Jahrhunderte bestimmte Herberstein mit seinen Berichten das Russland-Bild in Mittel- und Westeuropa. Das rechtfertigt auch eine ausführlichere Beschäftigung mit seinen Reiseschilderungen vor 500 Jahren in diesem Beitrag. Er kann als einer der ersten erfolgreichen Reiseautoren angesprochen werden. Herbersteins Berichte waren bald Pflichtlektüre für Diplomaten des 17. und 18. Jahrhunderts.*

EMIL BRIX

### **ÖSTERREICH UND RUSSLAND – 500 JAHRE NACHBARSCHAFT**

*Seit Sigismund von Herberstein als Gesandter des habsburgischen Kaisers vor fünfhundert Jahren nach Moskau reiste und in seinem Buch „Moscovia“ erstmals für europäische Leser die Kultur Russlands beschrieb, ist das Interesse an einem guten, bilateralen Dialog zwischen Österreich und Russland ein wichtiger Teil europäischer Friedensordnungen. Es*

*gehört zu den Konstanten der durchaus wechselhaften Geschichte bilateraler Beziehungen, dass Österreich daran interessiert ist, dass Russland als europäischer Staat gesehen wird und sich auch selbst so versteht. Auch die beiden Weltkriege und die tiefen ideologischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts haben daran nichts geändert. In der noch andauernden Transformationsphase nach dem Ende der kommunistischen Sowjetunion 1991 und des Ausbaues des Integrationsprojektes der Europäischen Union, der Österreich seit 1995 angehört, ist der konstruktive Dialog mit Russland weiterhin ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik.*

ALEXANDER PURGER

### ***Das Jahr ohne Postleitzahl***

*Zwei Kanzler, viereinhalb Bundespräsidenten, aber nur ein einziger ÖVP-Obmann – 2016 war ziemlich ungewöhnlich. Was fehlte, war eigentlich nur der Klebstoff für die Briefwahlkuverts.*

---